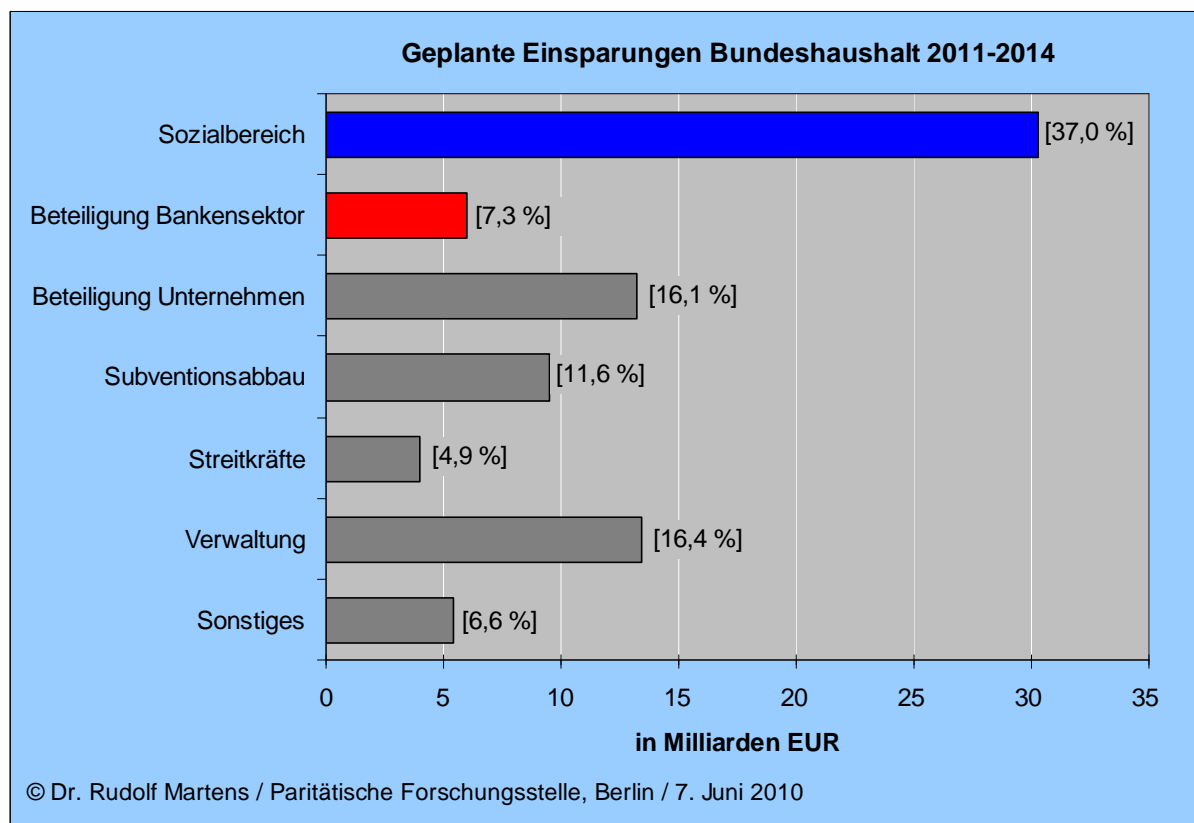


Berlin,
8. Juni 2010

Kommentar zur Grafik/Tabelle:

Die neueste Worterfindung an der politischen Front heißt „Belastungsgerechtigkeit“. Jedenfalls sollen die Einschnitte eine „soziale Balance“ behalten. Diesen schönen regierungsseitigen Worten steht die Realität eines Spardiktats gegenüber, bei dem der soziale Bereich den Löwenanteil der Krisenkosten übernehmen soll.



Erinnern wir uns: Die Neuverschuldung des Bundes war notwendig, um die Banken zu retten und um die wirtschaftlichen Folgen der Zockerkrise abzufedern. Es wurden ja nicht nur die Banken als solche gerettet, sondern die Forderungen privater, vermögender Haushalte. Nach den Banken und Vermögende gerettet wurden, ist nun klar, wer die Zeche zahlen soll. Vorzugsweise solche Gruppen, bei denen die Regierung wenig Widerstand vermutet. Drastische Einsparungen bei Hartz IV und Langzeitarbeitslosigkeit und wage Ankündigungen über mögliche Beiträge von den Banken und der Wirtschaft. Zwischen 2011 und 2014 sind das knapp 30 Milliarden Euro oder 36 Prozent der Kürzungen insgesamt (Sozialbereich insgesamt 30,3 Milliarden Euro bzw. 37 Prozent).

Das Signal der Politik für die Familie mit Niedrigeinkommen ist angekommen: Es gibt erwünschte und sehr viel weniger erwünschte Kinder – nichts anderes besagt die Streichung des Elterngeldes für Hartz IV-Empfänger. Und wer garantiert, dass die Beiträge der Banken und der Wirtschaft den Ansturm der Lobbyisten im parlamentarischen Verfahren überstehen werden? Die Kürzungen bei Hartz IV sind sehr konkret, die Beiträge der Banken und der Wirtschaft nur sehr pauschal ausgewiesen: Der Verdacht besteht es handelt sich dabei lediglich um Luftbuchungen.

Die Belastungen der Bank ist bis jetzt nur ein leeres Versprechen, selbst wenn dieser Betrag realisiert würde, wäre er gegenüber dem Schaden, den die Zockerbanken angerichtet haben, lächerlich gering. Offenbar will die Bundesregierung mit solchen Zahlen die Öffentlichkeit beschwichtigen. Von einem fairen Ausgleich zwischen Arm und Reich kann keine Rede sein.

Die politische Wirkung des Spardiktats der Bundesregierung ist fatal: Der finanzielle Druck auf Langzeitarbeitslose und Hartz IV-Bezieher steigt und um das Maß voll zu machen, soll die Förderung von Langzeitarbeitslosen drastisch zurückgefahren werden. Dies ist kein Sparprogramm, dies ist eine geplante Rezession für alle die bisher schon die Hauptlast des Wirtschaftswandels tragen mussten. Nicht jede Krise ist jedermanns

Krise. Diese Bundesregierung lehrt uns, dass diejenigen, die bisher schon auf der Gewinnerseite waren mit keinem Cent zur Kasse gebeten werden. Nicht nur das, alle Daten beweisen es: Derzeit wird mehr Geldvermögen denn je gebildet. Die Schulden des Staates, die zu unseren Schulden gemacht wurden, sind die Forderungen privater Haushalte. Die besser Verdienenden, Wohlhabenden und Reichen sind die Gewinner der Krise.

Geplante Einsparungen Bundeshaushalt 2011-2014	in Mrd. EUR	in Prozent
	2011-2014	
Sozialbereich	30,3	37,0%
Beteiligung Bankensektor	6,0	7,3%
Beteiligung Unternehmen	13,2	16,1%
Subventionsabbau	9,5	11,6%
Streitkräfte	4,0	4,9%
Verwaltung	13,4	16,4%
Sonstiges	5,4	6,6%
Summe*)	81,8	100,0%

*) Rundungsdifferenz gegenüber Angaben Bundesregierung

Dr. Rudolf Martens
 Leiter Forschung
 Paritätische Forschungsstelle
 Der Paritätische Gesamtverband
 Oranienburger Straße 13-14
 10178 Berlin
 Tel: +49 30-24636-313
 Fax: +49 30-24636-130
 E-Mail: forschung@paritaet.org